



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Koalition fasst wichtige Beschlüsse

Einhaltung der Schuldenbremse, Abschaffung der Praxisgebühr, Betreuungsgeld

Die Reaktionen waren zu erwarten. Wie auf Knopfdruck wurden die Beschlüsse des Koalitionsausschusses von vielen Seiten kritisiert. Dennoch waren die Ergebnisse gut. Sie passen in die Zeit, die Koalition regiert und zeigt ihre Handlungsfähigkeit SPD und Grüne polemisieren, sie hätten natürlich gerne gesehen, wenn sich die Koalition zerstritten hätte.

Mit der Senkung der Rentenbeiträge und der Abschaffung der Praxisgebühr werden wir die Bürger und Unternehmen noch einmal spürbar entlasten. Deutschland wird auch im nächsten Jahr wirtschaftlich einen der Spitzenplätze in Europa einnehmen. Doch die Wachstumsaussichten haben sich leicht eingetrübt.

Daher war es wichtig, die Wachstumskräfte in unserem Land zu unterstützen. Weil wir gestärkt aus der Krise hervorgegangen sind und heute so viele Menschen wie nie sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, reden wir heute nicht mehr über Milliardenlöcher in den Sozialversicherungskassen, sondern über Überschüsse. Diese Spielräume nutzen wir für unmittelbare Entlastungen der Menschen.

Die **Senkung der Rentenbeiträge** und die **Abschaffung der Praxisgebühr** machen für Bürger und Unternehmen eine Entlastung um gut acht Milliarden Euro aus. Warum SPD und Grüne sofort nach der Koalitionsrunde dagegen protestieren, nachdem sie doch zunächst auch für die Abschaffung der Praxisgebühr waren, ist ihr Geheimnis. Im Übrigen haben beide Parteien heute im Bundestag gemeinsam mit der Koalition für die Abschaffung gestimmt. Dies zeigt: Wir hätten beschließen können, was wir wollten. Die Opposition hätte es in jedem Fall kritisiert. Die Gesetzlichen Krankenkassen erhalten für den Wegfall der Praxisgebühr dauerhaft einen vollständigen Ausgleich aus dem Gesundheitsfonds. Dennoch schätzen die Experten, dass die Rücklagen Ende 2013 noch mehr als 10 Milliarden Euro betragen.

Politik soll gesellschaftliche Wirkung entfalten. Daher war es richtig, dass wir nun parallel zum Rechtsanspruch auf einen KiTa-Betreuungsplatz endgültig das **Betreuungsgeld** beschlossen haben. Die Diffamierung dieses Instruments von Seiten der SPD ist wiederum völlig unverständlich, zumal sie der Einführung des Betreuungsgelds zugestimmt hat, als sie noch mit uns in der großen Koalition war.

Zeitenwende in der Haushaltspolitik

Der wichtigste Beschluss des Koalitionsausschusses gilt aber der Haushaltspolitik. Auf diesem Gebiet hat die Koalition ein neues Zeitalter eingeläutet. Der Bund wird 2013 - drei Jahre vor der Frist - die Schuldenbremse einhalten. Und die Koalition will nur ein Jahr später einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen. Damit ändert sich die Politik grundlegend. Die Zeiten, in denen über Schulden immer neue, mehr oder weniger sinnvolle Projekte finanziert werden konnten, sind vorbei. Der Staat wird aber in den nächsten Jahren Schritt für Schritt seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, weil sich einfach die Zinszahlungen reduzieren werden.

Unsere künftige **Lebensleistungsrente** soll sicherstellen, dass jahrzehntelange Arbeitsleistung und private Vorsorge sich auszahlen. Damit haben wir eine erste Weichenstellung zur Vermeidung von Altersarmut vorgenommen. Menschen, die 40 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und zusätzlich private Vorsorge betrieben haben, sollen im Rentenalter nicht auf Leistungen aus der Grundsicherung zurückgreifen müssen. Auch wollen wir die Bewertung der Beitragszeiten für Frauen, die Kinder erzogen und/oder Pflegeleistungen erbracht haben, sowie für Erwerbsgeminderte verbessern. Das werden aber noch schwierige Beratungen.

Darüber hinaus werden im nächsten Jahr 750 Mio. Euro zusätzlich für die **Infrastruktur** zur Verfügung gestellt.

Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt

Die christlich-liberale Koalition will die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen besser würdigen. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Ehrenamtes. Tätigkeiten als Trainer, Ausbilder oder Betreuer sollen stärker steuerlich begünstigt werden: Die steuerfreie Übungsleiterpauschale wird von derzeit 2.100 auf 2.400 Euro angehoben, die Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 Euro. Haftungsrisiken für Ehrenamtliche sollen auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt werden. Die Freibeträge für Übungsleiter sollen bereits zum Beginn des kommenden Jahres steigen, auch wenn das Gesetz sich voraussichtlich nicht mehr 2012 im Gesetzblatt wiederfinden wird.

Mit dem neuen Gesetz wird auch die Arbeit von Sportvereinen vereinfacht: Die Grenze, bis zu der Einnahmen aus Sportveranstaltungen steuerfrei bleiben, steigt von 35.000€ auf 45.000€.

Größte Kommunalentlastung der Geschichte

Die kommunalfreundliche Politik der unionsgeführten Bundesregierung setzt sich weiter fort. Durch die am Donnerstag beschlossene Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen allein im Jahr 2013 um weitere 3,175 Milliarden Euro. Bis 2016 summiert sich diese dauerhafte Entlastung auf rund 20 Milliarden Euro. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Grundsicherung hatte Rot-Grün im Jahr 2003 eingeführt und auf die Kommunen übertragen, ohne für die notwendige Finanzierung zu sorgen. Dabei haben sich die Kosten seit der Einführung verdreifacht und belaufen sich zur Zeit auf jährlich rund vier Milliarden Euro, mit dynamisch steigender Tendenz infolge des demografischen Wandels. Rot-Grün speiste die Kommunen damals mit einer fixen Bundesbeteiligung von 409 Millionen Euro ab und war nicht bereit, den Bundesanteil zu erhöhen.

Die Kostenübernahme der Altersgrundsicherung steht daher sinnbildlich für einen Paradigmenwechsel in der Bundespolitik. Anstelle – wie in der Vergangenheit – die Kommunen mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben zu belasten, stärken wir die Städte, Gemeinden und Landkreise. Die kommunale Finanzmisere, die unter Rot-Grün im Jahr 2003 mit einem Kommunaldefizit von über acht Milliarden Euro ihren Höhepunkt erreichte, ist überwunden. Mehr noch, die Ursachen konnten strukturell und damit auf Dauer behoben werden. Für das lau-

fende Jahr 2012 kann mit einem Haushaltsüberschuss der Städte, Gemeinden und Kreise von bundesweit 2,3 Milliarden Euro gerechnet werden. Dieser Haushaltsüberschuss wird sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern.

Mehr Transparenz beim Benzinpreis

Die vom Bundestag beschlossene Markttransparenzstelle wird künftig die Verkaufspreise für Benzin und Diesel in Echtzeit erheben und auswerten. Es ist geplant, dass private Online-Preisinformationssysteme auf diese Daten zurückgreifen und dadurch interessierten Verbrauchern eine transparentere Kraftstoffpreisübersicht, z.B. in Form von Apps für Smartphones, zu Verfügung steht. Diese verbesserte Datengrundlage ermöglicht den Autofahrern eine gezielte Auswahlentscheidung über die günstigste Tankstelle in ihrer jeweiligen Umgebung. Unserem Ziel, den Wettbewerb und die Verbraucherinteressen auf den Kraftstoffmärkten zu stärken, kommen wir damit ein gutes Stück näher.

Verbraucherfreundliche Umsetzung des neuen EU-einheitlichen Zahlungsverkehrs

Der Koalition ist es gelungen, bei der Gestaltung des einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrs das Interesse der Bürger an gewohnt einfachen Instrumenten und Verfahren durchzusetzen. Die europäische SEPA-Verordnung ist am 31. März 2012 in Kraft getreten. Sie sieht vor, dass auch die in Deutschland gebräuchlichen Überweisungs- und Lastschriftverfahren ab dem 1. Februar 2014 den neuen Formaten genügen. In dem jetzt beschlossenen Umsetzungsgesetz machte der Bundestag von einzelnen Übergangsbestimmungen der EU-Verordnung Gebrauch. Um den Verbraucherinnen und Verbrauchern ausreichend Zeit zu geben, sich auf die Neuerungen einzustellen, erhalten sie die Möglichkeit, die ihnen geläufige Kontonummer und Bankleitzahl bis zum 1. Februar 2016 weiter zu verwenden. Auch das im Handel übliche Elektronische Lastschriftverfahren soll aufgrund einer Sonderregelung bis zum 1. Februar 2016 weitergeführt werden können. Mit SEPA werden Zahlungen in Euro in das europäische Ausland künftig genauso einfach und kostengünstig wie im Inland. Die SEPA-Umstellung ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher kostenlos. Kredit- und EC-Karten werden beim turnusgemäßen Kartenaustausch mit der neuen IBAN-Kennzeichnung versehen.